



<https://verdi-bub.de/seminar/4344>

## Themenplan

# Online-Seminar: Einrichtungsbezogene Covid-19-Impfpflicht

## Rechtliche Grundlagen und mögliche Beteiligungsaspekte der gesetzlichen Interessenvertretung

Einordnung der Regelungen aus dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) in die arbeitsrechtliche Normenhierarchie

Übersicht über die Inhalte des § 20a IfSG "Immunitätsnachweis gegen Covid-19":

- ⚡ Betroffene Einrichtungen und Beschäftigtengruppen
- ⚡ Definition "geimpfte oder genesene Person" (nach SchAusnahmV)
- ⚡ Zeitraum der Nachweispflicht
- ⚡ Nachweis Impfstatus (Definition, Anforderungen und Form) und Vorlagepflichten bei Beschäftigung vor und ab dem 15.03.2022
- ⚡ Regelung zu Genesenen und dem Genesenennachweis (Definition, Anforderungen und Form der Erbringung)
- ⚡ Verfassungsrechtliche Ausnahmen von der Impfpflicht (medizinische Kontraindikation, Anforderungen an das ärztliche Attest und Zeugnisse)
- ⚡ Benachrichtigung und Meldeverpflichtungen gegenüber dem Gesundheitsamt
- ⚡ Befugnisse des Gesundheitsamts (Untersagungsverfügungen und Ordnungswidrigkeiten bei Verstoß und Zuwiderhandlung)

Rechtliche Konsequenzen bei Nichterbringung der Nachweispflicht

- ⚡ Mögliche Beschäftigungs- und Tätigkeitsverbote und Auswirkungen auf den Arbeitsvertrag, auf die Entgeltzahlung, auf die Einsatzbereiche der/des Beschäftigten sowie auf den Bestand des Arbeitsverhältnisses
- ⚡ Relevante Kündigungstatbestände bei z.B. Verweigerung der Vorlage eines Impfnachweises
- ⚡ Ausnahmen bei Lieferengpässen in Bezug auf Impfstoffe

Umfang der zu erhebenden Daten und Umgang mit den Gesundheitsdaten der Beschäftigten über den Impf- und Genesenennachweis unter Berücksichtigung möglicher Regelungen der obersten Landesgesundheitsbehörde

Mögliche Aufgaben und betroffene Beteiligungsrechte der gesetzlichen Interessenvertretung

- ⚡ Gesetzesvorbehalt und Umfang der Beteiligungsrechte
- ⚡ Mögliche Auswirkung auf die Mitbestimmungsrechte beim Arbeits- und Gesundheitsschutz, Datenschutz, Fragen der Ordnung und des Verhaltens der Beschäftigten oder bei der Gestaltung und Besetzung von Dienstplänen
- ⚡ Personelle Einzelmaßnahmen (Versetzung aufgrund eines Beschäftigungsverbot), Kündigung und Beteiligungsrechte